

Joachim Raschke

Wer mit wem wohin?

Programmatische und bündnispolitische Perspektiven der SPD

Die SPD sucht, wenn auch nicht entschlossen und vernünftig organisiert, eine Strategie, mit der sie die Verhältnisse, die zum Wahldesaster 2009 geführt haben, hinter sich lassen könnte. Wie könnte ein Chancenpfad aus der Krise aussehen?

Gute Strategien haben eine Gestaltungs- und eine Machtkomponente. Die Gestaltungsfrage ist für die SPD noch weitgehend offen: Der Programmprozess ist bisher weder in der Gesellschaftsanalyse noch bei den Zukunftszielen konkreter geworden. Zur Machtseite ist mit linker Volkspartei und Regierungswunsch noch nicht viel gesagt. Die SPD könnte weiter sein, wenn sie diesen zentralen Fragen mehr Aufmerksamkeit und Energie schenken würde.

Während diese Herkulesarbeit noch kaum begonnen hat, verändert sich die Lage, die bei der Strategiebildung ebenso wie die Ziele berücksichtigt werden müsste, derzeit grundlegend. Die folgenden Überlegungen beziehen sich nur auf den Teilaspekt von politischer Lageanalyse und damit verbundenen Gesichtspunkten der strategischen Optionen. Auch vor diesem Hintergrund muss Programmgebung ihren Weg finden.

Zerfall des sogenannten bürgerlichen Lagers und Linke ohne Zukunft

Kurz nach seiner Neuauflage begann der in Tempo und Tiefe einzigartige Zerfall des bürgerlichen Lagers. Er stürzte FDP wie Union in die Krise und beendete eine rein bürgerliche Politikperspektive, bevor sie begonnen hatte. Das nahm den Druck von den Parteien des linken Spektrums, als



Urs Kluwer

Joachim Raschke

(*1938) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Hamburg und Parteienforscher.

joachimraschke@t-online.de

Reaktion auf das bei der Wahl erfolgreiche bürgerliche Lager energisch an der eigenen Lagerbildung zu arbeiten. »Alternativlos« ist Schwarz-Gelb für Merkel nur, weil sie keine zweite Option hat, für die sie werben könnte.

Die FDP wird neoliberale Rumpfpartei. Viele hatten vor einem Jahr ihren Stimmzettel in die FDP-Box geworfen mit der Erwartung auf Bares und wurden massiv enttäuscht. Solche Erwartungsenttäuschungen halten über Jahre an. Mindestens bis zur Bundestagswahl 2017 scheidet die FDP als politischer Spielmacher aus. Fundamentalismus und Populismus als Steuer-senkungspartei sind abgeschliffen, der Dogmatismus bleibt. Solange die Westerwelle-FDP am Vorrang der Selbstbereicherung für Besserverdienende und von Steuer-senkungen festhält, wird es für die Ein-Punkt-Partei mit Verliererthema keine Revitalisierung im Lager geben.

Wegen des Verfalls der FDP entschloss sich Merkel zu einem Strategiewechsel. Seit Sommer 2010 verfolgt die CDU eine Polarisierungsstrategie. Merkels Mitte- und Öff-

nungsstrategie gründete auf der gedachten, im Herbst 2009 realisierten Basis eines schwarz-gelben Mehrheitslagers. Dessen rascher Zerfall stellte Merkel vor eine Entscheidung: Weitere Sozialdemokratisierung und Ökologisierung, um rote und grüne Wähler zu gewinnen bzw. von der Wahl ihrer Mutterparteien abzuhalten (die CDU war eigentlich stolz auf ihre Strategie »asymmetrischer Demobilisierung«). Oder: Rückwendung zur verunsicherten konservativ-liberalen bürgerlichen Kernklientel. Da auch ihr das Hemd näher ist als das Jackett, entschied sie sich für die Stabilisierung, nicht für eine Fortsetzung ihrer Öffnungsstrategie. Die Polarisierungsstrategie hat aber unangenehme Nebenfolgen: sie vertreibt rote und grüne Randwähler und mobilisiert das rot-grüne Lager. Das eröffnet den Mitte-Links-Parteien neue politische Räume.

Die Sklerose der Linkspartei resultiert aus der programmatischen Selbstblockade und dem Führungsvakuum nach dem Abgang Lafontaines. Der hat sein Droh- und Vetopotenzial aus dem Off behalten, vermag auch Gysi in Schach zu halten, die vor-sitzenden Epigonen aber nicht wirksam zu steuern. Gysi hat seine parteiinterne Glaubwürdigkeit für Lafontaine geopfert. Im Interesse erfolgreicher Westausdehnung hat er ihm den Rücken freigehalten und die Illusion der Einheit inszeniert. Lafontaines Mobilisierungsfundamentalismus aber läuft zunehmend ins Leere, ohne damit dem regierungswilligen und -fähigen Personal neue Handlungsfelder zu eröffnen. Die Linke ist irgendetwas zwischen unfertiger und »fertiger« Partei in dem Sinne, dass sie ihre Zukunft hinter sich hat. Als Kristallisationspunkt eines erweiterten linken Lagers scheidet sie für viele Jahre aus.

Reduzierte Verteilungsmasse

So bleiben nur noch drei Parteien als Spiel-macher im Fünfparteiensystem. Zieht man

fünf Prozent für die FDP, zehn Prozent für die Linkspartei und 5 Prozent für Sonstige ab, sind 80 Prozent der Wählerstimmen zu verteilen. Je Konstellation kann das zu einer knappen rot-grünen oder einer ähnlich knappen schwarz-grünen, immer aber zu einer schwarz-roten Koalition führen. Diese reduzierte, auf drei Parteien (im Fünfparteiensystem) konzentrierte Verteilungsmasse der Wählerstimmen führt zu einem neuen politischen Spiel. Drei Zweierkoalitionen sind möglich, keine Partei verfügt über eine strategische Mehrheit, FDP und Linkspartei sinken zu dekorativen Randparteien ab, die nicht mehr ins Spiel eingreifen können und für die drei Spiel-macher-Parteien nur noch als Berücksichtigungskonkurrenz fungieren.

Wenn wir bei der Lageveränderung noch den Aufstieg der Grünen zur Mittel-partei berücksichtigen, nähern wir uns dem faktischen Drei-Parteien-Spiel im formalen Fünf-Parteien-System. Der in mehreren Phasen seit der Bundestagswahl 2009 erfolgende Aufstieg der Grünen resultiert vor allem aus dem Zerfall des bürgerlichen Lagers und der anhaltenden Schwäche der SPD. Die Grünen leben also von einer geliehenen Stärke und sind derzeit überbewertet. Grüne begünstigende Themen wie Atomausstieg/Energiepolitik, Kontinuität der Klimapolitik, Integrationspolitik (Sarrazin-Debatte), Armuts-/Reichenpolitik vor allem im Zusammenhang mit Änderungen von Hartz IV, nicht zuletzt Demokratiepoltik (Stuttgart 21) haben die Wanderung zu den Grünen rational unterlegt. Der Zuwachs der Grünen kommt etwa im Verhältnis 2:1 vom sozialdemokratischen gegenüber dem schwarz-gelben Wählermarkt. Das unterstreicht, dass es nur am Rande um Stimmungswähler geht, im Kern um einen Austausch im rot-grünen Lager. Die SPD gewinnt wie die Grünen schwarz-gelbe Wähler hinzu – gleichzeitig verliert sie an die Grünen (die aber nicht an die SPD!). Der Grund ist, dass die Grünen derzeit über mehr strategische Handlungs-

fähigkeit verfügen als die SPD. Führungs- und Richtungsfrage scheinen geklärt, Strategiekompetenz zeigt sich in einem intelligenten Management der Vielfalt, die den Eindruck zwangloser Geschlossenheit herstellt. Gleichzeitig sprechen die vier von der Spitze unterschiedliche Wähler an. Wo sollen denn die mit den bürgerlichen Parteien wie mit der SPD Unzufriedenen hingehen? Sie können zu Hause bleiben oder die Grünen wählen. Bei der SPD sind Führungs- und Richtungsfrage ungeklärt, Strategiekompetenz verpufft, weil ihr feste Bezugspunkte fehlen.

Chancen für Rot-Grün

Damit ist eine Konstellation entstanden, in der sich alle gegen alle heftigst bekriegen könnten, oder in der Chancen für ein mehrheitsfähiges rot-grünes Lager gesehen werden. Wir folgen dem Chancenpfad.

(1) SPD und Grüne müssen auf alles Mögliche vorbereitet sein, von ihren Werten und Interessen her müssten sie aber eine Strategie des rot-grünen Kernbündnisses verfolgen. Entsprechend dem Drei-Mehrheiten-Theorem operieren die Parteien gegenüber einer schwarzen Ökonomie in einer rot-grünen Gesellschaft. Wenn Rot und Grün »ihre« Mehrheiten auf den Feldern sozialer Gerechtigkeit und ökologisch-kultureller Modernität mobilisieren und bei Ökonomiefragen akzeptiert werden, sind sie mehrheitsfähig. Das ist die strukturelle Voraussetzung für ein rot-grünes Kernbündnis, die oft etwas verschämt »größere gemeinsame Schnittmenge« genannt wird. Damit wird eine ganze Reihe von Orientierungspunkten als gewünschter, nicht als faktisch erzwungener Mehrheit verworfen: Große Koalition, Ampel, Linksbündnis und das Offenlassen (aus Schwäche).

Dass die Wählerwanderung vor allem von der SPD zu den Grünen geht, ist für

Rot-Grün ja eigentlich ein gutes Zeichen: das Kernbündnis baut auf einem funktionsfähigen rot-grünen Lager auf. Über 80 % der roten und grünen Wähler wollen auch Rot-Grün als Regierung. Auch innerhalb der Grünen hat das längere Zeit starke Interesse an Schwarz-Grün vor allem seit Merkels Strategiewechsel rasant an Einfluss verloren.

(2) Derzeit sind die Grünen der bessere Repräsentant der rot-grünen Gesellschaft und sie haben die Vorbehalte hinsichtlich ihrer ökonomischen Kompetenz verringert (»mit Ökologie schwarze Zahlen schreiben«), dadurch die Schwellen gerade für bürgerliche Wähler gesenkt. Aber es gab und es wird wieder Zeiten geben, wo die Grünen sich von Niederlage zu Niederlage hangeln. Dieses Auf und Ab ist am besten mit einer Strategie begrenzter, partnerschaftlicher Konkurrenz aufzufangen. Rationale Akteure würden eine informelle Arbeitsteilung organisieren, um Nullsummenspiele zurückzudrängen und Mehrheiten aus erreichbarer Vielfalt zu organisieren. Heute konkurrieren beide Parteien viel zu stark um den privilegierten postmaterialistischen Sektor, unter Vernachlässigung unterer und mittlerer Schichten (bedrängte Arbeitnehmer, soziale Aufsteiger, Prekariat etc.) – von denen die SPD mehr versteht als die Grünen, ohne dort zur Zeit erfolgreich zu sein.

Begrenzte Konkurrenz ist notwendig beim gemeinsamen Regieren. Sie ist aber schon sinnvoll bei der Absicht, gemeinsam zu regieren. Das Bündnis bringt bereits schon für die Wahl Vorteile. Wenn Rot und Grün zusammen regieren wollen, können sie ihre gemeinsamen Interessen durch Stimmensplitting erheblich voranbringen. Grüne Wähler verhelfen sozialdemokratischen Bewerbern im Wahlkreis zum Sieg. Sozialdemokratische Wähler vermehren die Zahl grüner Listenmandate. Getrennt agieren, vereint die Mandate addieren.

Im Fünf-Parteien-System hängen Wahlabsichten und Wahlergebnisse nicht mehr

so eng zusammen, wie das früher war. Also muss man unterscheiden zwischen einer Wunschkoalition, die vor der Wahl die erste Präferenz ausdrückt, und einer Ergebniskoalition, die nach der Wahl das Mögliche zusammen fügt. Die Wunschkoalition stützt sich idealerweise auf das Kernbündnis zweier Parteien. Die erfolgversprechende Dreierkette heißt also: Kernbündnis – Wunschkoalition – begrenzte Konkurrenz.

Die Begrenzung kann schon darin liegen, dass man die Konkurrenz mit einem Koalitionswunsch verbindet. Renate Künast kann ruhig gegen Wowereit kandidieren, wenn die Grünen das mit dem Ziel einer rot-grünen Koalition verbinden. Die rot-grünen Wähler können dann entscheiden, wen sie für den besseren Regierenden Bürgermeister halten. Klar wäre es auch in der Kommune Stuttgart, wo der Oberbürgermeister in zwei Wahlgängen gewählt werden muss. Begrenzte Konkurrenz hieße, dass der sozialdemokratische oder grüne Kandidat unterstützt werden muss, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen gewann.

Tauschgeschäfte gehören ebenso zur Begrenzung: Unterstützt ihr unseren, stärkeren Kandidaten in einem Wahlkreis bei Landtags- oder Bundestagswahlen, mobilisieren wir für euren Kandidaten in einem anderen Wahlkreis. Gleiches gilt für die aktive Nutzung des Stimmensplittings. Helfen die einen beim Gewinn von Erststimmen, verwehren sich die anderen nicht, ein paar Zweitstimmen umzuverteilen.

Sozialdemokraten halten es schwer aus, wenn die Grünen da und dort stärker sind als sie. Juniorpartner unter einem grünen Regierungschef ist für viele eine Horrorvorstellung. Das ist allenfalls sozialpsychologisch nachzuvollziehen, demokratisch aber nicht begründbar. Praktisch ist es nicht zu ändern, außer durch einen rot-grünen Bruderkampf, der beiden schadet und den Gegnern nützt.

(3) Das Risiko bei einer Strategie begrenzter Konkurrenz bleibt. Die Wähler-

arithmetik kann jederzeit Wahlergebnisse erbringen, bei denen SPD oder Grüne doppelte Verlierer sind: zur Schwäche kommt die Schwächung durch Arbeitsteilung hinzu. Rot-Grün müsste begleitet werden von einer Haltung selbstverständlicher Priorisierung als Wunschkoalition und – bei abweichenden Resultaten (Schwarz-Rot oder Schwarz-Grün) – als Toleranz gegenüber einer Ergebniskoalition. Die Akteure sind in einem unaufhebbaren Kalkulationsdilemma: Was sie vor der Wahl in ein Bündnis investieren, kann nach der Wahl gegen sie zurückschlagen. Das größere Problem hat heute die SPD. Da nach den 23 % von 2009 die Große Koalition bei der SPD diskreditiert ist (in Baden-Württemberg hat man sie schon vor der Wahl ausgeschlossen), sind die Grünen in einer Schlüsselrolle. Faktisch fungieren sie in der Rolle einer strategischen Minderheit.

Das ist für Sozialdemokraten noch schwerer auszuhalten als eine grüne Regierungschefin einer grün-roten Regierung in Berlin. Die SPD aber muss das Bündnis mit den Grünen pflegen. Es ist das Einzige, das sie vorzeigen kann. Und es wird ein Vorteil gegenüber der CDU/CSU sein. Nach dem Ende von Schwarz-Gelb wird die Union keine Wunschkoalition mehr haben.

Die SPD ist keine Ökopartei. Auch keine Gerechtigkeitspartei. Sie ist Wirtschafts- und Gerechtigkeitspartei. Wachstum, Fortschritt, Innovation (wie auch immer) und soziale Gerechtigkeit ist seit 50 Jahren ihr Erfolgsrezept. Wirtschaftsthemen sind heute enger mit Gerechtigkeitsfragen verknüpft als früher. Mindestlohn, Binnen-nachfrage, soziales Sparen, Bankenkontrolle – die Liste wäre lang. Die SPD ist immer noch die Partei mit dem größten Potenzial, möglichst viel von den drei Mehrheiten in sich zu vereinen. Ihre Aufgabe wäre, daran zu arbeiten, dass bündnispolitische zu programmatischen Perspektiven passen. Wer mit wem wohin – mehr muss die SPD nicht beantworten.